

## KOMMENTAR

## Arosabahn gehört ins Grundnetz

Bundesrat Moritz Leuenberger hat die Bahnreform 2 gut aufgegleist – das lässt sich nach einem ersten Blick in die gestern verabschiedete Botschaft sagen. Endlich erhalten die Privatbahnen gleich lange Spiesse wie die SBB und können in Zukunft entsprechend mehr investieren. Und dies ist gerade für eine Gebirgsbahn wie die RhB mit ihren überdurchschnittlich hohen Instandstellungskosten von grosser Bedeutung. Von wirklich gleich langen Spiesen kann aber erst die Rede sein, wenn auch die Entschuldung der Privatbahnen und die Ausfinanzierung der Pensionskassen gleich geregelt werden wie bei den SBB.

Gepriesen werden kann die Bahnreform 2 also noch nicht. Vor allem steckt der Teufel im Detail. Für Bundesbern mag es nebensächlich sein, für Graubünden ist es aber ein entscheidender Punkt: Dass der Bundesrat die Arosabahn nicht dem Grundnetz zugeordnet hat, sondern dem Ergänzungsnetz, scheint ein schlechter Witz zu sein. Dies nicht zuletzt deshalb, weil zwei wichtige Kriterien erfüllt sind: Arosa ist ein Ferienort von (inter-)nationaler Bedeutung, und die Arosabahn verbindet eine ganze Talschaft mit der Kantonshauptstadt. Dass die Bahn auf diesem Streckenabschnitt bezüglich Personenfrequenzen sogar besser dasteht als die Strasse, spricht ebenfalls für eine Zuteilung ins Grundnetz. Vor allem aber führt dieser Fehlentscheid dazu, dass am Bahnhof Chur neue Schnittstellen und Abgrenzungsprobleme geschaffen werden. Und genau diese wollte man mit der Aufteilung der Schienen in ein Grund- und ein Ergänzungsnetz endlich eliminieren ...

Nun sind die Parlamentarier gefordert, die Bahnreform 2 auszubessern. Ziel müssen einerseits gleich lange Spiesse für Privatbahnen und SBB und andererseits effizientere Abläufe in den Bereichen Verwaltung und Finanzierung sein. Bei der Suche nach der vernünftigsten Lösung sollten nicht Kilometer massgebend sein (die Arosabahn war dem Bundesamt für Verkehr offensichtlich ein paar Kilometer zu kurz), sondern praxisnahe Überlegungen.

Christian Buxhofer

## KOMMENTAR

## Solange es noch ein wenig Freiheit gibt ...

Was vor wenigen Jahren noch ein absolutes Tabuthema war, ist nun in aller Munde: Gemeindefusionen. Zwar sind in vielen Gemeinden die Finanzen noch in Ordnung, aber das System des Finanzausgleichs muss in der wirtschaftlich schlechten Zeit überdacht werden. Im (Spar-)Auftrag des Parlaments hat die Kantonsregierung diese Hausaufgaben gemacht. Um die knappen finanziellen Mittel optimal einzusetzen, sollen kleinere Gemeinden weniger Geld vom Kanton bekommen. Und damit ist der Druck für Gemeindefusionen auch von dieser Seite gegeben.

Es wäre blauäugig, zu erwarten, dass sich die Kleingemeinden – in der Vorlage des revidierten Finanzausgleichsgesetzes sind das Orte mit weniger als 300 Einwohnern – nicht wehren. Doch die Argumente, welche den kleinen Orten zur Verfügung stehen, sind schwach: Plötzlich sprechen Verantwortliche von gut funktionierenden Strukturen in vielen der kleinen Orte. Tatsache ist aber, dass derzeit ein ständiger Kampf um Dorfschulen, Dorfläden, Poststellen oder Gemeindegemeinschaften stattfindet, also um durchwegs überlebenswichtige Institutionen für eine Gemeinschaft.

Widersprüchlich ist auch das Argument, dass bestehende Kooperationen ausgezeichnet funktionieren. Aber woher sollen denn kleine Gemeinden valable Delegierte hernehmen, um in all den Verbänden gut vertreten zu sein? Auch die viel gepriesene Autonomie ist durch die Abhängigkeit von Kanton und Verbänden längst erheblich eingeschränkt. Soll diese Tendenz nicht weitergehen, sind Gemeindepolitiker gefragt. An ihnen liegt es, sich zu überlegen, ob die Kraft für eine letztlich zwecklose Gegenwehr eingesetzt wird, oder doch lieber für die Förderung der Zusammenarbeits- oder Fusionsdiskussion. Denn noch gibt es in Graubünden ein Stück Freiheit, selber darüber zu entscheiden. Ob das in zehn Jahren noch der Fall sein wird, ist fraglich. Curdin Guidon

## TOURISMUSFORUM

## Weg mit den Alpen – freie Sicht aufs Mittelmass!

Die Wirtschaftsverbände haben ein Machtwort gesprochen, und der Churer Stadtrat verzichtet auf eine Bewerbung als «Alpenstadt des Jahres 2007». Soweit die Fakten. Weil es höchst selten ist, dass eine politische Behörde ein konkre-

„  
Die 'Alpenstadt'  
hätte viele  
gute Projekte  
ausgelöst  
„

tes Projekt zur Wirtschaftsförderung ergreift und dann ausgerechnet von der Wirtschaft zurückgepfiffen wird, erlaube ich mir als Verfasser der Studie für den Stadtrat einige Bemerkungen.

Richtigerweise hatten die Churer Stadtväter erkannt, dass ein blosser Titel «Alpenstadt» im Jahr 2007 noch keine Positionierung bedeutet. Deshalb sollte eine Studie aufzeigen, ob eine Positionierung als «Alpenstadt» grundsätzlich sinnvoll ist und welche Massnahmen ergriffen werden müssten, damit dies nachhaltig geschieht. Die Studie formulierte unter anderem folgende Bedingungen, damit eine solche Positionierung erfolgreich ist:

1. die Verbindung der bisherigen historischen Positionierung von Chur als «älteste Schweizer Stadt» mit der touristischen Komponente als Alpenstadt. – 2. die Bündelung verschiedenster Churer

Veranstaltungen zum Beispiel in einem Alpenstadtfestival, das dank dieser Konzentration eine Chance hätte, die lang ersehnte, auch im Leitbild des Stadtrates als Ziel formulierte, überregionale oder gar nationale Veranstaltung für Chur zu werden. Jazzfest, Churer Fest, ein Musical im Stadtpark oder eine Oper im Schloss würden ein gemeinsames Dach erhalten.

3. der nachhaltige Aufbau einer neuen Positionierung der Stadt Chur mindestens über die nächsten fünf bis sieben Jahre und damit einer verstärkten Promotion von Chur in der Öffentlichkeit der Alpenländer.

4. der sinnvolle Einbezug von diversen, anstehenden Projekten wie die Bahnhofsöffnung 2007, die verstärk-

„  
Schade, dass  
nun eine rein  
politische Debatte  
geführt wurde  
„

te touristische Zusammenarbeit mit der Ferienregion Heidiland oder Freizeitangeboten wie der geplante Churer See und so weiter.

5. die Integration von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Umwelt in das Projekt und ein allfälliges Alpenstadt-Festival.

Nach der Initialzündung erhoffte sich der Stadtrat, dass der Funke für sein Projekt auf potenzielle Partner überspringen würde. Das ist zumindest bei den Wirtschaftsverbänden nicht geschehen. Obwohl die Positionierung als «Alpenstadt» primär eine Angelegenheit des Marketings ist, befürchteten die Wirtschaftsverbände eine politische Einmischung der Linken. Grund ist die Cipra, welche als Umweltorganisation hinter dem Titel «Alpenstadt des Jahres» steht und mit dieser Auszeichnung auch das Ziel verfolgt, die Alpenkonvention zu promoten.

Der Titel «Alpenstadt des Jahres» im Jahr 2007 war nur Anlass für den Stadtrat, eine allgemeine künftige Positionierung als Alpenstadt zu prüfen. Es ist höchst bedauerlich, wenn nun statt dieser Diskussion eine vornehmlich politische Debatte zum Thema geführt wird. Den globalen Kalten Krieg gibts seit Jahren nicht mehr. Lokal sieht das aber offensichtlich ganz anders aus. Schade. Gerade wirtschaftsliberalen Kreisen würde es gut anstehen, sich wieder an ihre Grundlagen zu erinnern und Meinungen nicht zu ignorieren, nur weil sie von der politisch «falschen» Seite kommen. Das führt dann nämlich zum Beispiel bei den Churer Gemeinderatswahlen zu den mit Verwunderung zur Kenntnis genommenen posi-

tiven Ergebnissen der neuen politischen Kräfte ... Zudem laufen die operativ von Juristen geführten Wirtschaftsverbände Gefahr, vor lauter rechtlicher Vernehmlassungen keine Zeit mehr für innovative und dynamische Konzepte zu haben. Ein solches wäre nämlich die Umsetzung des von ihnen mitverfassten Wirtschaftsleitbildes. Nur soll mir bitte jemand erklären, warum für den Kanton Graubünden die darin vorge-

„  
Faden aufnehmen  
und das Vorhaben  
wertfrei  
beurteilen  
„

sehene Positionierung als führende Region der Alpen richtig, die Positionierung der Hauptstadt Chur als Alpenstadt hingegen falsch ist.

Dialog tut also Not: Noch bietet sich die Chance, unabhängig von politischen Streitereien den Faden wieder aufzunehmen und das Projekt wertfrei aus rein marketingmässiger Sicht zu beurteilen. Denn auch wenn die Alpen vorderhand weg sind: Die freie Sicht aufs Mittelmass kann für Chur keine Alternative sein.

Reto Küng (39) studierte Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen (HSG) und ist Mitinhaber der PR- und Event-Agentur Dettofatto in Chur. Er ist Präsident des Verwaltungsrates der Freizeit Graubünden AG und war fünf Jahre Direktor von Chur Tourismus. Im Tourismusforum des «Bündner Tagblattes» kommen regelmässig Persönlichkeiten zu Wort, die mit dem Tourismus in Graubünden eng verbunden sind.



Reto Küng

## Momentaufnahme



## Jetzt kommt «Big Brother – Das Dorf»

Blick auf den Marktplatz des «Big Brother»-Dorfes mit seinen Wohnhäusern in Köln-Ossendorf. Am 1. März startet dort mit elf Bewohnern die sechste, diesmal endlose Staffel der RTL-II-Reality-Fernsehschow «Big Brother – Das Dorf». Die von 100 Kameras und 60 Mikrofonen ständig überwachten Bewohner leben in Häusern, die in «Arm», «Normal» und «Luxus» eingeteilt sind. (Ky)